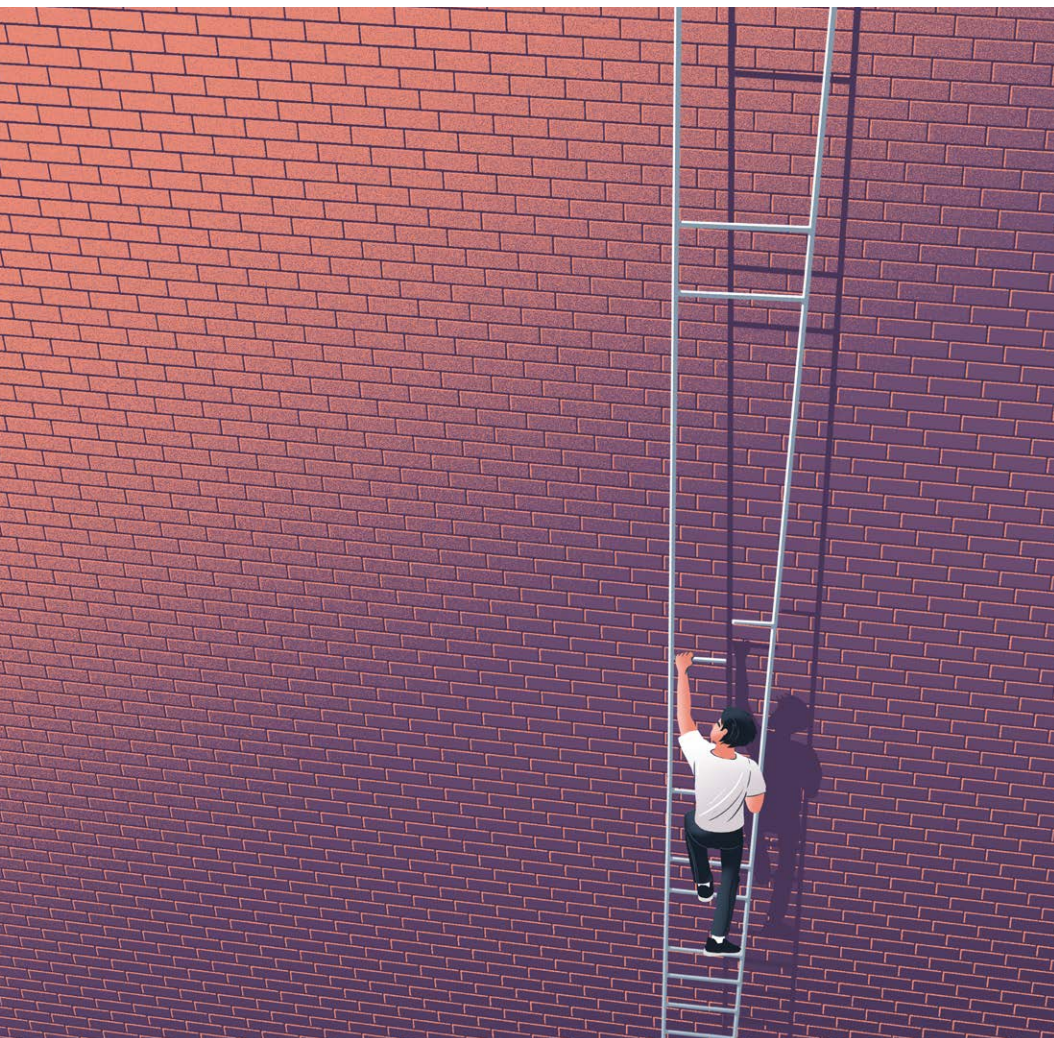


Eidgenössische Migrationskommission EKM

Jahresbericht 2023



Migration
im Fokus



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössische Migrationskommission EKM

Inhalt

3	<i>Vorworte</i>
8	<i>Themen und Aktivitäten</i>
10	<i>Schutz</i>
12	<i>Soziale Sicherheit in der Migrationsgesellschaft Schweiz</i>
13	<i>Bürgerrechte</i>
14	<i>Diversität in der Migrationsgesellschaft Schweiz</i>
15	<i>Migration und Bildung</i>
16	<i>Kinder und Migration</i>
17	<i>Migration an der Schnittstelle von Innen- und Aussenpolitik</i>
18	<i>Integrationsförderung</i>
22	<i>Veranstaltungen</i>
26	<i>Information der Öffentlichkeit</i>
28	<i>Beratung von Bundesrat, Behörden, Politik und Fachwelt</i>
32	<i>Netzwerkpflege, Arbeitsgruppen und Beiräte</i>
34	<i>Geschäftsstelle</i>
35	<i>Mitglieder</i>



Vorwort

Walter Leimgruber

Präsident der Eidgenössischen Migrationskommission EKM

Migrationsthemen bestimmen Wahlen. Und das in praktisch allen Ländern Europas. Die Menschen machen sich Sorgen über die Zuwanderung, über die Integration. Und sie tendieren dazu, jenen die Stimme zu geben, die schnelle und einfache Lösungen anbieten. Lösungen, die kaum funktionieren werden, die aber verlockend sind. Dass es so gekommen ist, ist die Folge vielfältiger Faktoren:

- Die Regierungen Europas schaffen es nicht, ihren Bürgerinnen und Bürgern einsichtig zu machen, dass sie über eine kohärente Migrationspolitik verfügen und dass sie die Migrationsbewegungen kontrollieren. Der Eindruck von Überforderung, fehlender Kontrolle und Chaos ist für viele Menschen bestimmend geworden.
- Diejenigen Parteien, die nicht ohnehin alle Probleme der Migration anlasten, haben kaum alternative Lösungen anzubieten. Das Schönreden von Problemen, z. B. im Zusammenhang mit Kriminalität oder Gewalt wie etwa in Schweden oder Frankreich, verstärkt den Vertrauensverlust in der Bevölkerung.
- Bestimmte Einwanderungsgruppen sind mit ihren Forderungen nach dem Ende von Diskriminierungen und der Akzeptanz von Diversität bisweilen wenig glaubwürdig, wenn sie zugleich illiberale und geschlechterdiskriminierende Vorstellungen und Vorurteile gegenüber bestimmten Gruppen (z. B. Juden, LGBTQIA+) vertreten.

Es ist einzugestehen, dass es keine schnellen und einfachen Lösungen geben kann (gibt es die in irgendeinem gesellschaftlichen Bereich noch?). Umso mehr müsste man den Mut haben, Lösungsansätze neu zu denken:

- Macht es Sinn, einfach zu warten, bis Menschen es irgendwie nach Europa geschafft haben, und dann Asylverfahren zu eröffnen? Für viele Verfolgte dürfte das ohnehin kaum möglich sein. Warum also nicht dort aufnehmen, wo diese Menschen leben, in Flüchtlingslagern etwa? Und die Verfahren nicht erst durchführen, nachdem Menschen Tausende von Kilometern zurückgelegt, ihr ganzes Geld ausgegeben und furchtbare Erfahrungen gemacht haben, sondern möglichst nahe am Herkunftsland, mit Resettlement, Botschafts asyl, humanitären Visa und ähnlichen Aufnahmeformen?
- Macht es Sinn, so dichotomisch zwischen offenen Grenzen und geschlossenen Grenzen, zwischen EU und Drittstaaten, zwischen Arbeitsmigration und Fluchtmigration zu unterscheiden? Sehen wir nicht vielfältige Zwischenformen, die mit dem Klimawandel in Zukunft noch zunehmen werden? Sehen wir nicht Arbeitsmarktprobleme, die neue Ansätze verlangen? Und sehen wir nicht zunehmend eine Auflösung zwischen den individuellen Fluchtgründen, die alleine zum Flüchtlingsstatus nach der Genfer Konvention berechtigen, und kollektiven Gründen, die immer häufiger werden – und die oft zu seltsamen Zwischenlösungen wie der «vorläufigen Aufnahme» führen, welche die Menschen ohne Perspektive in einem undefinierten Nirgendwo lassen?
- Sollten daher die vielen kaum mehr zu verwaltenden Aufenthaltstitel und -kategorien im Asylbereich nicht radikal vereinfacht werden?
- Wäre es nicht an der Zeit, den Ländern mit migrationswilliger Bevölkerung verschiedene Migrationsmöglichkeiten zu bieten, mit Gruppen, die man aus wirtschaftlichen Gründen aufnimmt, auch dort oder hier ausbildet? Wäre es nicht an der Zeit, umgekehrt ebenso klar eine Rückkehr aller Personen zu verlangen, die keine Aufenthaltsbewilligung erhalten?
- Wäre es nicht an der Zeit, die Zusammenhänge zwischen Sozialstaat und Migration neu zu denken, indem man z. B. weniger ausschliesslich in finanziellen Abgeltungen denkt, vielmehr Personen, die Ausbildung und Arbeit benötigen, systematisch betreut und coacht?

Nein, auch mit diesen Ansätzen würden die Probleme nicht auf einen Schlag verschwinden, vor die uns die Migration stellt. Wunder sind keine zu erwarten, mit keinem Lösungsvorschlag. Dafür sind die Probleme zu komplex. Und Wunder sind auch nicht zu erwarten in Bezug auf die politische Akzeptanz von Lösungsvorschlägen. Denn das ritualisierte Beschwören unrealistischer Maximalforderungen ist politisch wesentlich einfacher als die Knochenarbeit des Aushandelns von pragmatischen Lösungen. Gerade auch dann, wenn die Betroffenen zum grossen Teil politisch nicht mitbestimmen dürfen.

Mit neuen Ansätzen würde sich aber immerhin etwas bewegen. Und das wäre der erste Schritt, um der Bevölkerung wieder den Eindruck zu vermitteln, dass Lösungen möglich sind.

Eine Kommission wie die EKM kann einen Beitrag leisten, indem sie Optionen aufzeigt und unabhängig von politischen Grabenkämpfen Vorschläge erarbeitet, die das eine oder andere Problem einen Schritt näher an eine Lösung heranbringen.

So kann die Debatte um Migration von den vielen politischen Glaubenssätzen entrümpelt und stattdessen wieder zum Ort der politischen Auseinandersetzung werden.



Vorwort

Elham Manea

Vizepräsidentin der Eidgenössischen Migrationskommission EKM

Das Ziel der EKM ist es, eine Migrationspolitik zu entwickeln, welche auf die Gegenwart reagiert, die Zukunft antizipiert und auch sachlich, mitfühlend und integrativ ist.

Ich lasse mich von zwei Perspektiven inspirieren: Die erste betont die Notwendigkeit, angesichts der globalen Herausforderungen zu erkennen, dass wir miteinander verbunden sind. Das Konzept der Permakrise definiert unser Zeitalter und unterstreicht, dass wir uns in einem permanenten Krisenzustand befinden, der kollektive Lösungen erfordert. Die Warnungen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen und der Internationalen Organisation für Migration vor den Auswirkungen des Klimawandels auf die Migration sind eindringlich. Sie erinnern uns daran, dass unsere Rolle über den nationalen Rahmen hinausgeht, um die Fluchtursachen durch globale und gemeinsame Lösungen anzugehen.

Die zweite Perspektive konzentriert sich auf die vielfältigen Erfahrungen von Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen. Ihre Herausforderungen, sei es geschlechtsspezifische Verfolgung oder rechtliche Komplexität, erfordern einen differenzierten und umfassenden Ansatz. Die ukrainische Flüchtlingskrise und die Gender-Apartheid in Afghanistan haben deutlich gemacht, dass besondere Massnahmen zum Schutz gefährdeter Gruppen notwendig sind, und die Integrationsprobleme von Flüchtlingsfrauen gezielte Massnahmen erfordern.

Die Zukunft bringt Herausforderungen und Chancen. Unsere Rolle bei der Gestaltung einer Politik, die Rechte respektiert, Integration fördert und Beiträge anerkennt, bleibt entscheidend.

Abschliessend möchte ich meine Besorgnis über eine gewisse negative Wahrnehmung der Rolle der EKM zum Ausdruck bringen. Ich habe ihre Bedeutung unterstrichen. Es scheint jedoch, dass ihre Expertise und ihr Beitrag im weiteren Sinne nicht allgemein anerkannt werden. Dies stellt eine grosse Herausforderung für die weitere Entwicklung der EKM dar. Die wichtigste Aufgabe ist die Sicherstellung der Anerkennung ihrer Rolle als wichtiger Aktivposten bei der Bewältigung der aktuellen Migrationsprobleme sowohl durch die Öffentlichkeit als auch durch die Institutionen. Um einen sachkundigeren und konstruktiveren Dialog über die Herausforderungen, denen wir uns gemeinsam stellen müssen, zu fördern, ist diese Anerkennung unerlässlich.



Vorwort

Etienne Piguet

Vizepräsident der Eidgenössischen Migrationskommission EKM

Wenn ich eine wichtige Entwicklung benennen müsste, die mir in den vergangenen zwölf Jahren in der Migrationspolitik aufgefallen ist, würde ich dafür den absolut unübersetzbaren Neologismus *douxrçissement* verwenden («weiche Härtung» trifft die Sache nicht ganz). Auch Oxymoron wäre denkbar, was den Vorteil hat, dass es im Deutschen identisch ist, *ossimoro* im Italienischen.

Es handelt sich um eine Entwicklung, bei der Restriktion und Offenheit, Sanftheit und Härte als widerstreitende Kräfte nebeneinander bestehen. Die Folge dieser gegensätzlichen Dynamiken ist, dass die Ergebnisse der jeweiligen Politiken schwierig zu fassen sind. Daraus ergeben sich konträre Lesarten dieser Politiken: Während bestimmte Kreise eine übertriebene Abschottung anprangern, kritisieren andere dasselbe Vorgehen als *Laissez-faire*-Politik.

Tatsächlich zeichnen die meisten internationalen Versuche, die restriktive Entwicklung der Migrationspolitik wissenschaftlich zu messen und zu vergleichen, das Bild einer erstaunlichen Stabilität – sei es im Bereich Asyl, bei der Zulassung von Arbeitskräften, der Integration oder beim Zugang zu politischen Rechten¹⁾. Gleichzeitig werden im Einzelnen zahlreiche Massnahmen ergriffen, die für sich genommen restriktiv oder progressiv sind.

¹⁾ <https://migrationresearch.com/migration-policy-indicators>

²⁾ <https://asile.ch/statistique/besoin-de-protection/>

³⁾ Cf. Etienne Piguet, *L'immigration en Suisse – soixante ans d'entrouverture*, PPUR, Lausanne.



Nehmen wir drei Beispiele:

- In der Asylpolitik ist in vielen Bereichen eine konstante Verschärfung zu beobachten. Dies gilt insbesondere für den Zugang zu Europa. Aber gleichzeitig haben die Gerichte die ursprüngliche Flüchtlingsdefinition von 1951, die sich auf individuelle Verfolgung konzentrierte, über die Jahre erweitert. Die aktuelle Bilanz: Noch nie hat Europa so vielen Menschen Schutz geboten, und noch nie hat Europa den Zugang so sehr beschränkt. Auch in der Schweiz sind die Schutzquoten im Laufe der Jahrzehnte kontinuierlich gestiegen – über 80% der bearbeiteten Anträge werden angenommen²⁾ –, gleichzeitig werden grosse Anstrengungen unternommen, damit die Länder an den EU-Aussengrenzen Asylbewerber und Asylbewerberinnen abschrecken.
- In der Zulassungspolitik wird das Jahr 2023 dadurch gekennzeichnet sein, dass auf Entscheid des Bundesrats eine Schutzklausel beibehalten wurde, die die Arbeitsmigration aus Kroatien – einem EU-Staat – bremst. Und durch unverrückbare Quoten von einigen Tausend Einreisen für Nicht-Europäer und Nicht-Europäerinnen. Trotzdem wird der vom Bundesamt für Statistik bekannt gegebene Migrationssaldo alle historischen Rekorde der 1960er-Jahre bei weitem übertreffen.
- Was die Einbürgerungen betrifft, deuten die Zahlen für 2023 trotz eines deutlich restriktiver gewordenen Gesetzes auf eine Rückkehr zu den erhöhten Niveaus vor der Verschärfung von 2018 hin – allerdings mit einer grösseren Selektivität, die bestimmten Gruppen den Weg zum Schweizer Pass versperren könnte.

Was lässt sich daraus schliessen? Dass die Schweiz, wie in der Vergangenheit, zwischen Öffnung und Schliessung steht³⁾. Dass diejenigen, die lautstark vermeintlich offene Grenzen anprangern, sich irren. Genauso wie diejenigen, die die Schweiz als strukturell migrationsfeindlich ansehen. Beide Gruppen sind historisch kurzsichtig.

Themen und Aktivitäten

Die Eidgenössische Migrationskommission EKM wurde bis Ende 2023 vom Präsidenten Walter Leimgruber geleitet. Sie besteht aus dreissig Migrations-Expertinnen und Migrations-Experten. Die dazugehörige Geschäftsstelle wird von Bettina Looser geführt. Das Präsidium, die Mitglieder der Kommission, die Geschäftsstelle und verschiedene Exponentinnen und Exponenten aus Politik, Behörden und Wissenschaft befassten sich 2023 in Plenarsitzungen, Expertengremien, Arbeitsgruppen und an Veranstaltungen mit vielfältigen und aktuellen Fragen rund um migrations- und integrationspolitische Fokusthemen.

Plenarsitzungen

Die Kommission versammelte sich 2023 mehrmals im Plenum: am 10. März 2023 in Bern, am 27. und am 28. Juni 2023 in Bergün und am 12. Dezember 2023 in Bern.

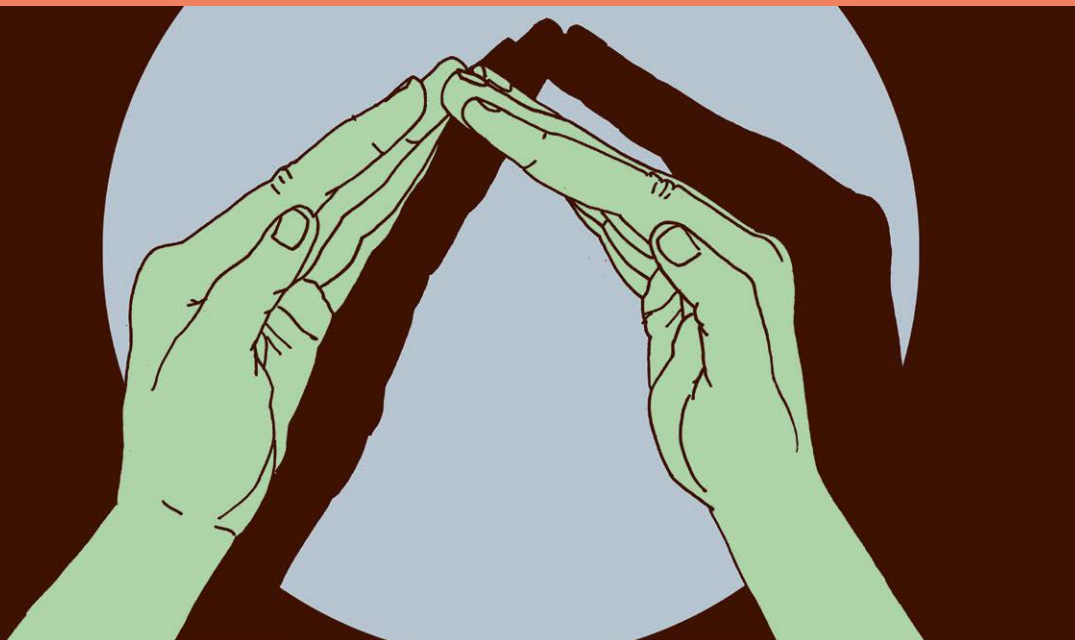
Unter Einbezug der Expertise der Kommissionsmitglieder wurden in den EKM-Plenarsitzungen mehrere Fokusthemen diskutiert und mit weiteren Expertinnen und Experten aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik vertieft.

Fokusthemen 2023

- Schutz
- Soziale Sicherheit
- Bürgerrechte
- Diversität in der Migrationsgesellschaft Schweiz
- Migration und Bildung
- Kinder und Migration
- Migration an der Schnittstelle von Innen- und Aussenpolitik







Schutz

Schutz für Personen auf der Flucht

Auf der Grundlage der Diskussionen einer EKM-internen Arbeitsgruppe im Vorjahr aktualisierte und erweiterte die EKM ihre Empfehlungen zum Thema Schutz aus dem Jahr 2016. Die Eidgenössische Migrationskommission EKM plädiert darin für die Einführung eines komplementären Schutzstatus. Um Personen auf der Flucht besser zu schützen, braucht es zudem eine intensivere internationale Zusammenarbeit, sichere Zugangswege sowie die Förderung der Integration für alle. Die [Empfehlungen](#) wurden 2023 veröffentlicht.

Komplementäre Zugangswege zu Schutz

Zum Thema der komplementären Zugangswege wurde an der Plenarsitzung im März 2023 der Austausch mit Personen gesucht, welche die Flucht aus Afghanistan erlebt hatten, und mit Menschen, die sie dabei unterstützten. Sabine Haupt, Literaturprofessorin und Leiterin des Schweizer PEN-Clubs, konnte mit Unterstützung des Deutschschweizer PEN-Zentrums das Leben von Dutzenden afghanischen Intellektuellen retten. Mit grossem Engagement arbeitet sie darauf hin, dass Menschen wie die Journalistin Shabnam Simia, welche über den Neffen eines Taliban-Kommandanten recherchierte, sowie der Wissenschaftler Atiq Arvand, welcher zur linken Geschichte Afghanistans forschte, kurz vor dem Fall Kabuls heimlich die Grenze überqueren und mit einem humanitären Visum sicher in die Schweiz einreisen konnten.

Auch David Di Santo vom Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) beteiligte sich am Austausch zu komplementären Zugangswegen und stellte seine Arbeit an der Plenarsitzung im Juni 2023 vor. Er ist am Aufbau des Pilotprogramms Students at Risk (StaR) beteiligt: Mittels einer Einzelfallbeurteilung soll über dieses Programm Studierenden oder Doktorierenden aus Krisengebieten über den Weg der Bildung Zugang zu Schutz ermöglicht werden.

Resettlement

Am 15. Juni nahm der Ständerat die Motion 23.3096 Hannes Germann mit 26 zu 18 Stimmen an. Dieser will den Bundesrat verpflichten, in den Jahren 2024 und 2025 auf die Aufnahme besonders schutzbedürftiger Personen zu verzichten. Bereits am 14. Juni hatte der Nationalrat jedoch eine gleichlautende Motion 23.3072 der SVP zur Aussetzung des Resettlement-Programms abgelehnt und lehnte auch die Motion 23.3096 Germann am 19. Dezember ab.

Der Bundesrat gab an seiner Sitzung vom 16. Juni grünes Licht für das Resettlement-Programm der Jahre 2024 und 2025. In diesem Zeitraum wird die Schweiz bis zu 1600 besonders schutzbedürftige Flüchtlinge aufnehmen, die sich in prekären Lagen in Erstaufnahmeländern befinden. Das Programm soll jedoch erst nach Absprache mit den Kantonen und Gemeinden aktiviert werden und unter der Voraussetzung, dass sich die Situation bei der Unterbringung und Betreuung von Personen aus dem Asylbereich deutlich entspannt hat.

Als Mitglied der Arbeitsgruppe Resettlement des SEM wurde die EKM über die Pläne des Bundesrats informiert. Die EKM stellte sich auf den Standpunkt, dass die Wiederaufnahme des Resettlement-Programms ein wichtiges Element zum Schutz von Geflüchteten darstellt und deshalb unbedingt weitergeführt werden sollte.

Humanitäre Visa für Geflüchtete

Im Juni 2023 kündigte Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider an, dass sie die Bedingungen für die Vergabe von humanitären Visa lockern will. Die Pläne wolle sie mit dem Bundesrat besprechen und generell ausloten, was rechtlich und politisch in diesem Bereich machbar ist.

Die EKM stellte dem Generalsekretariat EJPD ein unveröffentlichtes Grundlagenpapier zur Verfügung, welches sie für die Anhörung in der SPK-S (Staatspolitische Kommission des Ständerats) zum Thema «Botschafts asyl und/oder erweiterte humanitäre Visa: ein notwendiger Bestandteil eines kohärenten Schutzsystems?» erstellt hatte.





Soziale Sicherheit in der Migrationsgesellschaft Schweiz

«Soziale Sicherheit in der Migrationsgesellschaft Schweiz» war das Thema der EKM Jahreskonferenz 2023. Die EKM diskutierte an ihrer Jahreskonferenz die individuellen und gesellschaftlichen Aspekte sozialer (Un-)Sicherheit in der Schweiz. Forschende, Armutsbetroffene sowie Expertinnen und Experten aus Praxis und Politik identifizierten Herausforderungen und entwickelten Lösungsansätze. Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider hielt die Auftaktrede.

Armut ist kein Verbrechen

Soziale Rechte sind für verschiedene Bevölkerungsgruppen unterschiedlich ausgestaltet. Ungleichbehandlungen gibt es beispielsweise beim Zugang zu Sozialhilfe.

Nationalrätin Samira Marti sorgte mit ihrer Initiative «Armut ist kein Verbrechen» dafür, dass dieses Thema auch 2023 auf der Agenda der Politik stand. Am 29. April stellte sich die SPK-N zum zweiten Mal in Folge hinter die Initiative. Die Kommission gab damit ihrem Willen Ausdruck, dass Sozialhilfebezüge nicht mit Aufenthaltsbewilligungen verknüpft werden sollen.

Am 12. Juni 2023 machte schliesslich auch der Ständerat den Weg frei: Ausländerinnen und Ausländer, die zehn Jahre oder länger im Land leben und unverschuldet Sozialhilfe beziehen, sollen deswegen ihre Aufenthaltsbewilligung nicht mehr aufs Spiel setzen müssen. Nach dem Ja des Ständerates kann seine Staatspolitische Kommission nun einen Gesetzesentwurf ausarbeiten. Die EKM beobachtete und unterstützte diesen Prozess.

Bürgerrechte

Die Bürgerrechte umfassen neben den politischen Rechten auch soziale und bürgerliche Rechte. Durch die Einbürgerung werden Ausländerinnen und Ausländer zu Schweizer Staatsangehörigen, was ihnen Zugang zu den vollen Bürgerrechten gewährt. Die EKM legte einen Fokus 2023 auf Fragen rund um die ordentliche Einbürgerung.

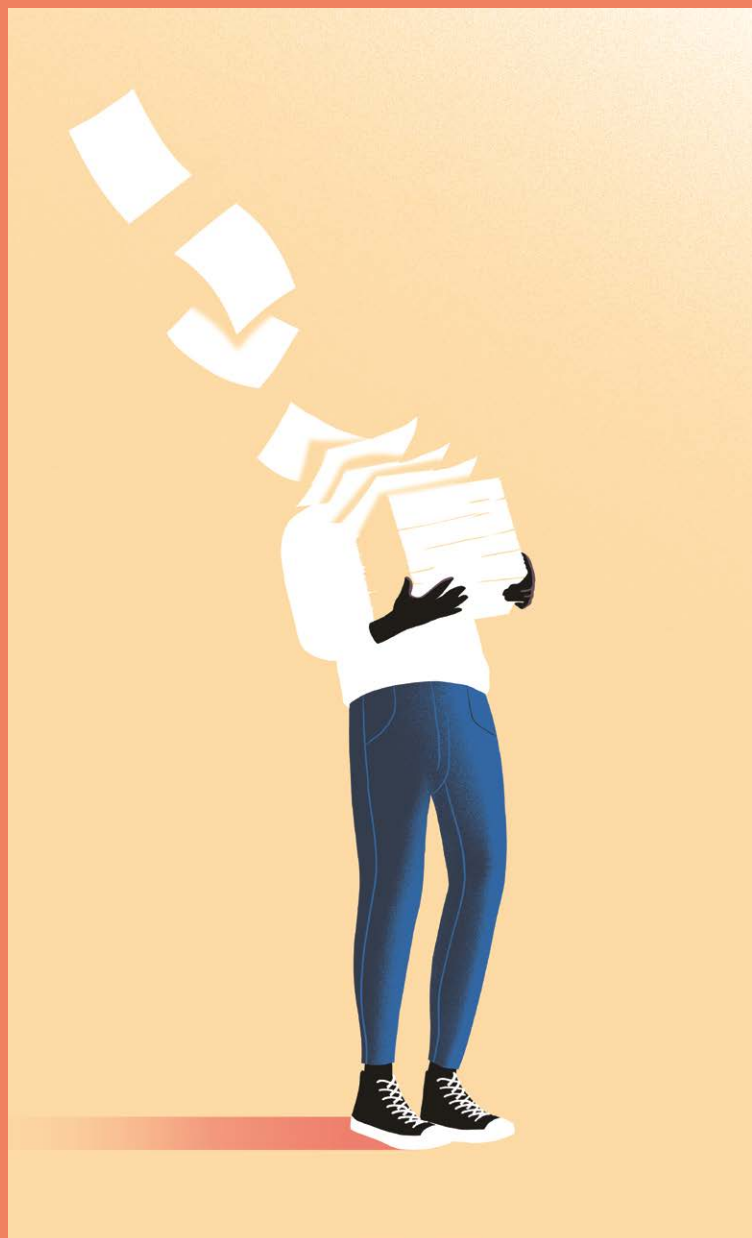
Studie zur ordentlichen Einbürgerung

Die EKM wollte wissen, wie sich das neue Bürgerrechtsgesetz auf die ordentliche Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern auswirkt. Sie gab deshalb eine Studie in Auftrag: Philippe Wanner, Demograf an der Universität Genf, Rosita Fibbi, Soziologin an der Universität Neuenburg, und Barbara von Rütte, Rechtswissenschaftlerin an der Universität Basel und EKM-Mitglied, zeigen darin auf, dass das Bürgerrechtsgesetz, das am 1. Januar 2018 in Kraft trat, noch selektiver wirkt als das frühere Bürgerrechtsgesetz aus dem Jahr 1952. Die nach neuem Recht eingebürgerten Personen verfügen über signifikant mehr kulturelles und ökonomisches Kapital. Die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen aus finanzschwachen und bildungsfernen Verhältnissen eingebürgert werden, ist markant gesunken. An der Juni-Plenarsitzung in Bergün stellte Rosita Fibbi die Ergebnisse der Studie vor. Anschliessend diskutierten die EKM-Mitglieder mögliche Wege zu einem inklusiveren Bürgerrecht.

Die Studie Wanner/Fibbi/Rütte zur ordentlichen Einbürgerung wird im Frühling 2024 veröffentlicht.

Soziale und politische Integration im Kanton Graubünden

An der Plenarsitzung in Bergün tauschte sich die Kommission zudem mit Personen aus Verwaltung und Politik aus. Felix Birchler, Leiter Fachstelle Integration, und Jon Peider Arquint, Leiter der Abteilung Bürgerrecht und Zivilrecht im Amt für Migration und Zivilrecht, legten dabei die migrations- und integrationspolitischen Herausforderungen im Kanton Graubünden dar. Nationalrat Jon Pult ergänzte die Analysen seiner Vorredner, indem er die Zuhörenden anhand von fünf Thesen ermutigte, positive Erzählungen zu Migration und Integration zu wagen.





Diversität in der Migrationsgesellschaft Schweiz

2023 hat die EKM das Fokusthema «Diversität in der Migrationsgesellschaft Schweiz» diskutiert. An den Plenarsitzungen wurden verschiedene Zugänge zu diesem Thema beleuchtet.

Thematik Nachdruck zu verleihen. Mit einem Monitoring wird die Umsetzung der Massnahmen überwacht und die Wirkung evaluiert. Aus ihrer Sicht ist es wichtig, dass Diversität und Inklusion aus dem HR-Kontext herausgelöst und in der Organisation als Ganzes verankert werden.

Diversität in den Förderprogrammen der EKM

Vjosa Gërvalla, Direktorin von albinfo.ch, ging an der Plenarsitzung im März auf die Bedeutung der Diversität im Projekt «La Voix de la Diversité» ein, welches durch das Programm im «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden» gefördert wird. Sie zeigte auf, wie das Projekt mit unterschiedlichen jungen Menschen zusammenarbeitet und sie ermutigt, ihre vielfältigen Stimmen im öffentlichen Raum einzubringen. La «Voix de la Diversité» möchte junge Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen befähigen, die Gesellschaft, in der sie leben, aktiv mitzugestalten. Das Projekt zeigt auf, dass Unterschiede eine demokratische Gesellschaft bereichern.

Diversität in der Bundesverwaltung

Liliane Meyer Pitton, Beauftragte für Diversität und Inklusion im Staatssekretariat für Migration SEM, berichtete an der Plenarsitzung im Juni über die Entwicklungen im SEM. Diversität wurde neu in die Strategie des SEM integriert, und es wurden Massnahmen getroffen, um der

Diversität in den Institutionen

An der Plenarsitzung im Juni analysierten die EKM-Mitglieder das Thema Diversität in den Kontexten, in denen sie sich beruflich engagieren. Sie diskutierten, welche Massnahmen geeignet sind, um Diversität zu fördern. Die Arbeit mündete an der Plenarsitzung im Dezember in einem EKM-Grundsatz, der in konziser Form festhält, welche Haltung die EKM in diesem Bereich vertritt.

Diversität in gesellschaftlichen Debatten

Kijan Espahangizi, Privatdozent am Historischen Institut der Universität Zürich, stellte an der Plenarsitzung im Dezember seine Thesen zur Frage der migrationsbezogenen Diversität vor. Er präsentierte dabei das Konzept der Deep Diversity. Diversität und Integration sind demnach keine gegenläufigen Idealzustände, sondern gekoppelte gesellschaftliche Transformationsprozesse mit Chancen und Risiken. Er regte an, nicht von fixen Zielvorstellungen auszugehen, sondern eine fragende Haltung einzunehmen.



Migration und Bildung

Zugang zum Studium für Geflüchtete

Mit seiner Arbeit leistet der Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) einen Beitrag zu einer Schweiz, die das Potenzial ihrer Einwohnerinnen und Einwohner anerkennt, fördert und nutzt. Vor diesem Hintergrund engagiert sich der Verband auch dafür, dass qualifizierte Geflüchtete an Schweizer Hochschulen studieren können. 2023 startete im Rahmen des Projekts «Perspektiven – Studium 3.0» eine Partnerschaft zwischen der EKM und dem VSS.

Die Partnerschaft

- vertieft die bisherigen Formen der Zusammenarbeit;
- erweitert die Möglichkeiten der Studierendenschaften bei der Begleitung und Unterstützung von Geflüchteten;
- ermöglicht es den Betroffenen, sich in die Diskussionen einzubringen;
- unterstützt die Verankerung von akademischen Brückenangeboten in den Hochschulstrukturen und trägt damit zur nachhaltigen Verbesserung des Hochschulzugangs für Geflüchtete bei.

Berufsbildung für jugendliche Sans-Papiers und Jugendliche in der Nothilfe

Mit beinahe unüberwindbaren Hürden sind Sans-Papiers-Jugendliche und Jugendliche in der Nothilfe auf dem Weg zur Berufsbildung konfrontiert. Mit dem Ziel, auf die Hindernisse aufmerksam zu machen, nahm die Eidgenössische Migrationskommission EKM ausführlich [Stellung](#) zur geplanten Änderung von Art. 30a der Verordnung über Zuwanderung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE). Die dort angestrebten Vorschläge gehen aus ihrer Sicht zwar in die richtige Richtung, sind jedoch viel zu zaghaft, als dass sie die nötige Wirkung erzielen könnten. Um im Bereich der Bildung allen Jugendlichen die gleichen Chancen zu bieten, sind viel umfassendere Massnahmen nötig. In ihrer Stellungnahme skizziert die Kommission die dafür nötigen Lösungsansätze.

Kinder und Migration



Versteckte Kinder

Der 2023 erschienene Dokumentarfilm «Im Land der verbotenen Kinder» (2023) beleuchtet ein dunkles Kapitel der Schweizer Ausländerpolitik: den Umgang mit den Saisonier-Arbeiterinnen und -Arbeitern und ihren Familien. In der Diskussion an der Plenarsitzung im März 2023 mit den Filmemachern Jörg Huwyler und Beat Bieri und mit dem einstmals betroffenen Psychotherapeuten Egidio Stiliano und der Psychologin Marina Frigerio, welche die Folgen des Saisonierstatuts am eigenen Leib erfahren haben oder ihre Schicksale aus nächster Nähe kennen, wurden die Herausforderungen bei der Aufarbeitung und die Rolle, welche die EKM dabei spielen könnte, diskutiert.

An der Plenarsitzung im Dezember 2023 präsentierte Kristina Schulz, Historikerin an der Universität Neuenburg, den aktuellen Stand ihrer Forschung zu «versteckten Kindern». Sie hat das Thema aus einer historischen Perspektive aufgearbeitet und zeigte Möglichkeiten auf, welche Schlüsse für die Gegenwart gezogen werden könnten.

In dieselbe Richtung zielt das Postulat 23.4509 «Aufarbeitung des Saisonierstatuts und seiner Auswirkungen auf die betroffenen Kinder und ihre Familien», welches Nationalrätin Irène Kälin am 22. Dezember 2023 eingereicht hat. Dieses beauftragt den Bundesrat zu prüfen, wie die Geschichte des 2002 abgeschafften Saisonierstatuts in der Schweiz und seine Folgen als Teil der neueren Schweizer Geschichte aufgearbeitet werden können. Der Fokus soll dabei auf den betroffenen Kindern und ihren Familien liegen. Die EKM wird sich 2024 weiter mit diesem Thema beschäftigen.

Unbegleitete minderjährige Personen

Die Zahl der unbegleiteten Minderjährigen, die in der Schweiz Schutz suchen, stieg auch 2023 deutlich an. Claudio Martelli, Stellvertretender Direktor, und Marcel Suter, Vizedirektor des Staatssekretariats für Migration SEM, legten in der Plenarsitzung im Juni 2023 die Herausforderung dar, mit welcher die Verwaltung bei der Unterbringung dieser unbegleiteten Kinder und Jugendlichen konfrontiert ist. Unter anderem berichteten sie, dass es zunehmend schwierig geworden sei, genügend sozialpädagogisch ausgebildete Bezugspersonen zu finden. Dies bewog die Verwaltung, alternative Betreuungsmodelle zu entwickeln.

Barbara von Rütte, Kommissionsmitglied und Rechtswissenschaftlerin an der Universität Basel, ordnete die Situation von unbegleiteten Minderjährigen zudem aus einer kinderrechtlichen Perspektive ein.

Kinder in der Nothilfe

Wer sich mit einem abgewiesenen Asylgesuch weiterhin in der Schweiz aufhält und in der Nothilfe landet, lebt in «regulärer Illegalität». Für Kinder ist das Leben mit Nothilfe schwierig, darüber sind sich Fachleute einig. Mit Blick auf die Unterbringung und Betreuung von Kindern in der Nothilfe unterscheiden sich die kantonalen Praxen jedoch beträchtlich.

Patricia Lannen, Leiterin Marie Meierhofer Institut für das Kind (MMI), erarbeitete im Auftrag der EKM eine Studie, welche das Augenmerk auf die Perspektive der Betroffenen legt und die Situation von Kindern und Jugendlichen in der Nothilfe systematisch dokumentiert. Diese befindet sich 2023 in der Abschlussphase. 2024 wird eine Arbeitstagung im Sinne einer Mediation mit diversen Stakeholdern folgen, welche gemeinsame Anstrengungen zur Verbesserung der Lage von Kindern und Jugendlichen in der Nothilfe zum Ziel hat. Der Bericht des MMI wird erst danach veröffentlicht werden.

Migration an der Schnittstelle von Innen- und Aussenpolitik

Global Refugee Forum 2023

Vom 13. bis 15. Dezember 2023 fand in Genf das [Global Refugee Forum](#) auf Ministerebene statt. Da es für besseren Flüchtlingsschutz alle an einem Tisch braucht, waren neben Vertreterinnen und Vertretern aus allen 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen auch Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft eingeladen («whole of society approach»).

Aufbauend auf den Fortschritten des ersten Forums im Jahr 2019, bot das zweite Globale Flüchtlingsforum den Teilnehmenden die Möglichkeit, neue finanzielle Beiträge oder Programme zu präsentieren und Erfahrungen mit verschiedenen «Good Practices» im Bereich der Umsetzung des Globalen Flüchtlingspaktes auszutauschen.

Die Zusammensetzung der Schweizer Delegation folgte dem Prinzip des «whole of society approach». Die Geschäftsführerin Bettina Looser vertrat die EKM. Die Kommission wurde ausserdem als «[Good Practice](#)» vorgestellt.

Ausloten von möglichen Beiträgen der EKM an der Schnittstelle von Aussen- und Innenpolitik

Im November 2023 fand die von der Comenius-Universität Bratislava und von Unicef organisierte Konferenz zum Thema «Bridging Academia and Humanitarian Response to Support Children and Vulnerable Population» statt. Die Geschäftsführerin der EKM Bettina Looser besuchte diese als Vertreterin aus der Schweiz. Im Kontext dieses Besuchs konnte sie sich zudem zu einem Gespräch mit dem stellvertretenden Schweizer Botschafter Jürg Schneider in der Slowakei treffen, um mögliche Beiträge der EKM im Rahmen einer länderübergreifenden thematischen Zusammenarbeit zu besprechen.

Die Geschäftsführerin traf sich im Anschluss daran in Wien mit der Schweizer Botschafterin in Österreich, Salome Meyer, um mögliche Beiträge der EKM an der Schnittstelle von Innen- und Aussenpolitik gemeinsam auszuloten. Dabei wurden die beiden Themen «Hochschul- und Berufsbildungszugang von Geflüchteten» sowie «Kulturelle Teilhabe in der Migrationsgesellschaft» als jene zwei Bereiche identifiziert, in welchen die EKM ihre Expertise einbringen könnte.





Integrationsförderung

Die Integrationsförderung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie findet primär in den Schulen, bei der Arbeit, in der Berufsbildung und anderen Regelstrukturen statt. Bund, Kantone und Gemeinden setzen zusätzliche Mittel für die spezifische Integrationsförderung ein. Damit ergänzen und unterstützen sie die Angebote der Regelstrukturen und schliessen Lücken.

Die Eidgenössische Migrationskommission EKM und das Staatssekretariat für Migration SEM fördern im Rahmen ihrer spezifischen Integrationsförderung deshalb Projekte und Programme von nationaler Bedeutung in Ergänzung zu den kantonalen Integrationsprogrammen KIP.

Bei der EKM laufen zurzeit folgende Programme: das Programm zur Förderung der politischen Partizipation «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden» sowie das Programm zur Förderung der kulturellen Teilhabe «Neues Wir – Kultur, Migration, Teilhabe».

Vorbereitung und Neulancierung der Förderprogramme der EKM (Programmphase 2024–2027)

2023 traf die Geschäftsstelle umfangreiche Vorbereitungen, damit die beiden laufenden Programme ab 2024 neu lanciert werden können: So wurden sämtliche Kommunikationsmittel und Grundlagendokumente sowie Kriterienlisten neu erstellt, das Portal für die Eingabe neuer Projektgesuche benutzerfreundlicher gestaltet und die Websites überarbeitet. Zudem

wurden neue Broschüren und Flyer für Projektträgerschaften und weitere interessierte Kreise erstellt. Alle Dokumente und Unterlagen stehen in Deutsch und Französisch und neu auch in Italienisch zur Verfügung. Ausserdem wurden sehr umfangreich die operativen Zusammenarbeitsprozesse und Schnittstellen mit den entsprechenden Abteilungen beim Staatssekretariat für Migration SEM optimiert.



Begleitung und Qualitätskontrolle der laufenden Projekte

Parallel zu den Vorbereitungen für die Neulancierung der beiden Förderprogramme unterstützt die Geschäftsstelle kontinuierlich die zahlreichen bereits laufenden Projekte. Neben der Qualitätskontrolle und dem Monitoring der Projektumsetzung leistete die Geschäftsstelle auch Prozessbegleitung für Projekte, die dies anfragten (Unterstützung bei der Aufsetzung oder Anpassung der Planungsinstrumente, Berichterstattung usw.). Der für 2023 vorgesehene Förderkredit wurde vollständig ausgeschöpft.

Die Listen der geförderten Projekte in den Programmen «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden» und «Neues Wir – Kultur, Migration, Teilhabe» sind auf der Website der EKM abrufbar.

Werkstatt «Citoyenneté»

Die Projektträgerschaften trafen sich mit der EKM im Mai 2023 zur Werkstatt «Citoyenneté», um gemeinsam Lösungsansätze für folgende Themen zu entwickeln:

- Verbesserung des Zugangs zur Projektförderung
- Erweiterung der Austauschmöglichkeiten
- Erhöhung der Visibilität des Programms

Zahlreiche Projektträgerschaften beteiligten sich am Austausch.

Programm «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden»

Im Programm «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden» steht die politische Partizipation der Migrationsgesellschaft Schweiz im Fokus. Das Ziel des Programms ist es, das Engagement aller für die Gesellschaft zu fördern und allen die aktive Mitgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu ermöglichen.

Für die Eidgenössische Migrationskommission EKM ist es wesentlich, dass möglichst breite Bevölkerungskreise in die Gestaltung der politischen Prozesse eingebunden werden. Sie ist überzeugt, dass die demokratisch verfasste Schweiz darauf angewiesen ist, dass ihre Bevölkerung mitreden und mitbestimmen kann.

Die EKM hat deshalb 2009 das Programm «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden» lanciert. Es fördert Projekte, die bestehende Möglichkeiten politischer Partizipation bekannt machen und neue Partizipationswege erschliessen.

Mit dem Programm «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden» werden Prozesse gefördert, welche die politische Partizipation der gesamten Bevölkerung in der Migrationsgesellschaft Schweiz verbessern. Es werden partizipative Projekte unterstützt, deren Ziel es ist, breiten Bevölkerungskreisen die Möglichkeit zu eröffnen, die gesellschaftlichen Verhältnisse mitzugestalten und an der politischen Entscheidungsfindung teilzuhaben.

Partnerschaften

Mit folgenden ausgewählten Partnerschaften fördert die EKM die Institutionalisierung von politischen Partizipationsmöglichkeiten:

Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS)

- Mit seiner Arbeit leistet der VSS einen Beitrag zu einer Schweiz, die das Potenzial ihrer Einwohnerinnen und Einwohner anerkennt, fördert und nutzt. Vor diesem Hintergrund engagiert sich der Verband auch dafür, dass qualifizierte Geflüchtete an Schweizer Hochschulen studieren können. 2016 rief der VSS das Projekt «Perspektiven – Studium» ins Leben. Auf Antrag der EKM unterstützte das SEM das Projekt «Perspektiven – Studium 2.0» in den Jahren 2019–2022 finanziell.
- Zwischen 2023 und 2026 wollen die EKM und der VSS im Rahmen des Projekts «Perspektiven – Studium 3.0» ihre Zusammenarbeit im Hinblick auf eine weitere Verbesserung des Hochschulzugangs von Geflüchteten vertiefen.

Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV)

- Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) ist der Dachverband von rund 60 Jugendorganisationen in der Schweiz, stellvertretend für mehr als 500 000 Kinder und Jugendliche. Sie vertritt die Anliegen ihrer Mitgliedsorganisationen und der Jugend gegenüber den Behörden, politischen Gremien und der Öffentlichkeit. Die SAJV fördert intern und extern eine partizipative Kultur, die es verschiedenen Akteuren, unabhängig von Nationalität, Alter, Religion, sexueller Orientierung usw. ermöglicht, zu Entscheidungsprozessen beizutragen. Sie setzt sich dafür ein, Möglichkeiten der Konsultation, der Ko-Konstruktion und der Mitentscheidung zu erweitern.
- Die Partnerschaft der EKM und der SAJV dauert von 2017 bis 2026. Sie zielt darauf ab, Aktivitäten anzuregen, die die politische Partizipation fördern und die «Citoyenneté» in den Strukturen der SAJV und ihrer Mitgliedsorganisationen verankern.

Dachverband Schweizer Jugendparlamente (DSJ)

- Der DSJ ist das politisch neutrale Kompetenzzentrum für politische Bildung und politische Partizipation. Aktuell wird er von 51 Jugendparlamenten, Jugendräten oder ähnlichen Organisationen getragen. Der DSJ unterstützt bestehende Jugendparlamente und Jugendräte in der Schweiz und in Liechtenstein, fördert weitere Neugründungen und stärkt die politische Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Sein Engagement stärkt das politische System der Schweiz, insbesondere die politische Miliztätigkeit, die direkte Demokratie sowie die demokratische Diskussionskultur.
- Im Rahmen des Programms «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden» arbeiten die EKM und der DSJ in den Jahren 2021–2024 eng zusammen. Der DSJ unterstützt dabei lokale Akteurinnen und Akteure, ihre Projekte zur Förderung der politischen Partizipation zu entwickeln und umzusetzen.

Stiftung Dialog (Campus für Demokratie)

- Der Campus für Demokratie wurde von der Stiftung Dialog in Kooperation mit der Neuen Helvetischen Gesellschaft gegründet, um die Demokratie zu stärken. Als nationale Plattform für politische Partizipation und politische Bildung bringt der Campus für Demokratie Akteure aus Praxis und Wissenschaft zusammen, die insbesondere Kinder, Jugendliche und Einwohnerinnen und Einwohner ohne Schweizer Bürgerrecht fördern. Er will ihre Aktivitäten stärken und begleiten, Synergien aufzeigen, den Wissensaustausch fördern und ein lebendiges, heterogenes Netzwerk mit Akteuren aus Schulen, Vereinen und Verbänden, Parteien, Städten und Gemeinden, Kantonen, der Sozialarbeit, öffentlichen Institutionen, Hochschulen, Projekten, Unternehmen, NGOs und Stiftungen schaffen.
- Die Partnerschaft der EKM und der Stiftung Dialog dauert von 2021 bis 2024. Die Aktivitäten des Campus für Demokratie tragen dazu bei, die Zugänge zu Prozessen der Mitsprache, Mitgestaltung und Mitentscheidung in der Migrationsgesellschaft Schweiz zu verbessern und die politische Partizipation in den Regelstrukturen zu verankern.

Programm «Neues Wir – Kultur, Migration, Teilhabe»

Die Schweiz ist eine Migrationsgesellschaft. 40 Prozent der Schweizer Bevölkerung verfügen über einen Migrationshintergrund (BFS 2022). In den Städten, Agglomerationen und Dörfern der Schweiz wird tagtäglich Vielfalt gelebt – mit allen Herausforderungen und Chancen.

Öffentliche Bilder, Geschichten und Debatten sind jedoch oft geprägt von stereotypen Vorstellungen von «Wir und die Anderen». Dies kann zu Polarisierung und zum Ausschluss derjenigen führen, die als «die Anderen» gekennzeichnet werden. Statt Abgrenzung und Ausschluss braucht es daher neue Formen des Gemeinschaftserlebens. Die EKM ist überzeugt: Die demokratische Migrationsgesellschaft Schweiz ist auf eine vielstimmige öffentliche Kultur angewiesen, die es der gesamten Bevölkerung ermöglicht, Zugehörigkeit und Anerkennung – ein «Neues Wir» – zu erleben.

Die EKM will die soziale Kohäsion über die kulturelle Teilhabe fördern und hat darum das Programm «Neues Wir – Kultur, Migration, Teilhabe» entwickelt. Damit werden partizipative kulturelle Projekte gefördert, die Bilder, Geschichten, Diskurse und Inszenierungen von «Wir und die Anderen» hinterfragen und Alternativen dazu entwickeln und präsentieren. Der Bereich der Kultur ist von zentraler Bedeutung: für die Gesellschaft insgesamt, für Gruppen und einzelne Individuen. Die Kultur kann dem Selbstverständnis der Menschen, ihren Werten und Fragen, Ängsten und Hoffnungen Ausdruck verleihen. Mit dem Programm «Neues Wir – Kultur, Migration, Teilhabe» will die EKM darum das kulturelle Engagement möglichst breiter Bevölkerungsschichten und ein vielstimmiges Wir-Gefühl in der Migrationsgesellschaft Schweiz fördern.

Förderpraxis Kultur und Integration mit BAK, SEM, EKM, Pro Helvetia

Das Bundesamt für Kultur BAK, das Staatssekretariat für Migration SEM, die Eidgenössische Migrationskommission EKM und Pro Helvetia begannen 2023 die zweite Runde der Zusammenarbeit im Rahmen der «Förderpraxis Kultur und Integration». Sie bereiteten gemeinsam die Veröffentlichung der in der ersten Runde der Zusammenarbeit erarbeiteten Grundsätze zur strukturellen Verankerung der kulturellen Teilhabe sowie einen dazugehörigen Begleitkommentar vor. Gleichzeitig wurde eine gemeinsame Tagung zur kulturellen Teilhabe im Folgejahr vorbereitet, mit dem Ziel, diese Grundsätze einem breiten Fachpublikum zur Diskussion vorzulegen.

Neue Zusammenarbeit mit dem Landesmuseum

Im Rahmen des Programms «Neues Wir – Kultur, Migration, Teilhabe» haben das Landesmuseum unter der Leitung der Direktorin Denise Tonella und die EKM unter der Leitung des Präsidenten Walter Leimgruber eine Zusammenarbeit aufgelegt, die über mehrere Jahre hinweg der gemeinsamen Förderung der kulturellen Teilhabe gewidmet sein soll. Zum Auftakt wurde eine Veranstaltung im Rahmen der neuen Ausstellung «Italianità» konzipiert, die 2024 stattfinden wird.

Das Programm «Neues Wir – Kultur, Migration, Teilhabe» der Eidgenössischen Migrationskommission EKM unterstützt Projekte, welche die kulturelle Teilhabe aller in der vielstimmigen Migrationsgesellschaft Schweiz aktiv und nachhaltig stärken.





Veranstaltungen

EKM Jahreskonferenz 2023 – «Soziale Sicherheit in der Migrationsgesellschaft Schweiz»

im Casino Bern

Menschen, die in der Schweiz in Not geraten, werden von einem Netz aus Sozialversicherungen aufgefangen. Renten, Sozialhilfe, Erwerbsersatz oder Familienzulagen sowie Kostenübernahmen bei Krankheit oder Unfall bieten ihnen Schutz.

In der Migrationsgesellschaft Schweiz sind aber nicht alle gleich gut geschützt. Menschen ohne Schweizer Pass müssen bei einem Sozialhilfebezug mit ausländerrechtlichen Konsequenzen rechnen. Manche verzichten deshalb auf Sozialhilfe und stehen stattdessen bei Hilfswerken für Essen an, verschulden sich oder sparen bei den Grundbedürfnissen. Aber auch Working Poor, Sans-Papiers, Obdachlose und Geflüchtete mit stark reduzierter Sozialhilfe fallen durch das Sicherheitsnetz und dadurch in Prekarität und Armut.

Die EKM diskutierte an ihrer Jahreskonferenz 2023 die individuellen und gesellschaftlichen Aspekte sozialer (Un-)Sicherheit in der Schweiz. Forschende, Armutsbetroffene sowie Expertinnen und Experten aus Praxis und Politik identifizierten Herausforderungen und entwickelten Lösungsansätze.

Am Vormittag wurden aus wissenschaftlicher Perspektive die vielfältigen Fragen erörtert, die sich aus den Zusammenhängen von sozialer Sicherheit und Migration ergeben. Welche Rolle spielt die soziale Sicherheit in der Integrationspolitik? Was bedeutet es aus verfassungsrechtlicher Sicht, wenn Menschen ohne Schweizer Pass bei der sozialen Sicherung anders behandelt werden? Wie wirkt sich die Sozialhilfe auf die Arbeitsmarktintegration und die Kriminalitätsrate von Geflüchteten aus? Wie sind gesellschaftlicher Zusammenhalt und Solidarität mit der sozialen Sicherheit einzelner Personen verschränkt – und was bedeutet dies für die Migrationsgesellschaft Schweiz?

In der zweiten Hälfte des Morgens und am Nachmittag stellten Akteurinnen und Akteure aus der angewandten Wissenschaft und aus der Praxis zusammen mit Armutsbetroffenen verschiedene Projekte zur Armutsbekämpfung vor, die mit ihrem innovativen und partizipativen Charakter beispielhaft sind. Am anschliessenden Podium diskutierten politische Akteurinnen und Akteure das Konferenzthema aus sozial- und migrationspolitischer Perspektive. Gemeinsam loteten sie aus, ob und wie die soziale Sicherheit in der Migrationsgesellschaft für alle ermöglicht werden kann.



Werkstatt «Citoyenneté» 2023

im Eventforum in Bern

Der Rapper Milchmaa trug zwischendurch mit seinen Songtexten aus den Alben «-muet» und «-ic» zu den Themen Armut, Identität und Migration zur Reflexion bei.

In den Pausen konnten sich die rund 230 Teilnehmenden in einer Infografik-Ausstellung von Marina Bräm über «Arbeitskräfte im Graubereich» informieren. Zudem stellte das Strassenmagazin Surprise das Heft und seine Arbeit im Bereich der sozialen Stadtrundgänge vor und zeigte auf, welche Rolle das Thema Migration darin spielt.

Die Bilder und die Präsentationen der EKM-Jahreskonferenz 2023 sind auf der [Website der EKM](#) veröffentlicht.

Um die Lücken im Bereich der politischen Partizipation zu schliessen, hat die Eidgenössische Migrationskommission EKM vor 14 Jahren das Programm «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden» lanciert.

Dieses Programm und seine Instrumente – Projekte, Partnerschaften und Citoyenneté-Werkstätten – sind ein Erfolg: Dies zeigt die externe Evaluation durch das Beratungsbüro Interface. Seit dem Programmstart 2009 wurden 170 Projekte und fünf Partnerschaften unterstützt. Diese ermöglichen ein vielfältiges Engagement in der Migrationsgesellschaft Schweiz und machen Zuschauende zu Beteiligten.

Am 31. Mai 2023 trafen sich Projektträgerinnen und Projektträger sowie Partnerinnen und Partner des Programms «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden», um die Ergebnisse dieser Evaluation zu diskutieren und das Programm weiterzuentwickeln. Ziel war es, gemeinsam Wege zu finden, um den Zugang zur Projektförderung zu verbessern, die Austauschmöglichkeiten zu erweitern und die Visibilität des Programms zu erhöhen.

Die Ergebnisse der [Werkstatt «Citoyenneté» 2023](#) sind auf der [Website der EKM](#) veröffentlicht.



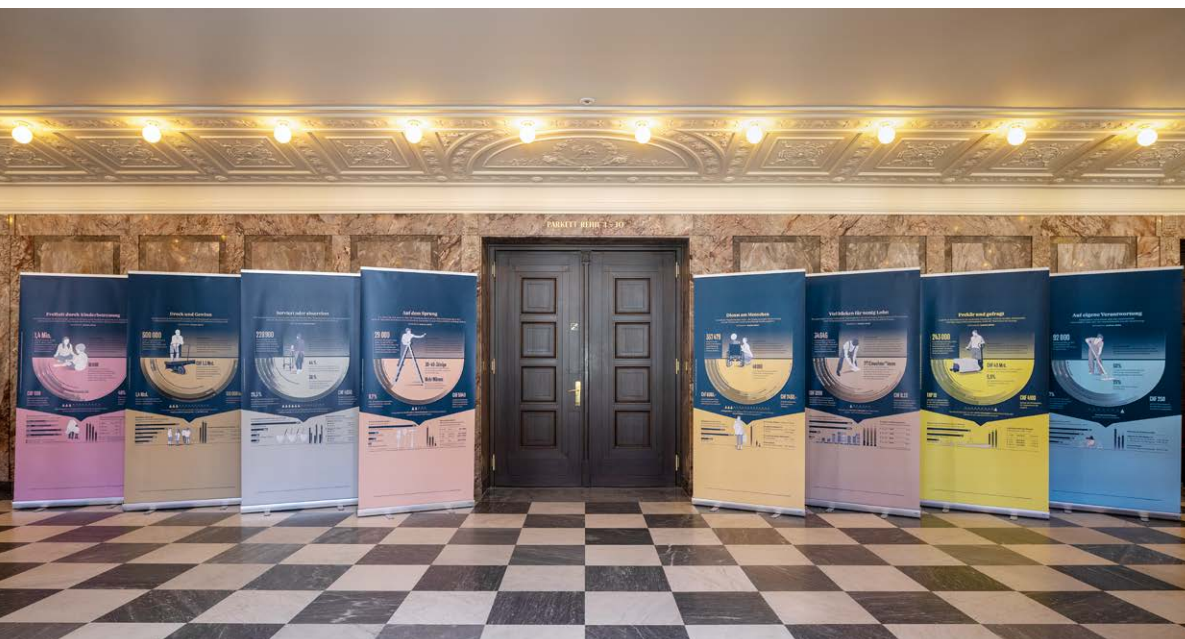
EKM Jahreskonferenz 2023

**Soziale Sicherheit in der
Migrationsgesellschaft Schweiz**

Donnerstag, 6. April 2023
Casino Bern

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössische Migrationskommission EKM



Programm

08.45 Eintreffen

09.15 Begrüssung

Étienne Piguet, Vizepräsident EKM

09.20 Aktuelle Herausforderungen in der Schweizer Migrationspolitik

Élisabeth Baume-Schneider, Bundesrätin, EJPD

09.40 Intermezzo: Milchmaa

09.50 Soziale Sicherheit und der Anspruch auf Sozial- und Nothilfe:
Ein grundrechtlicher Blick auf die Ungleichheiten in der Migrations-
gesellschaft Schweiz

Eva Maria Belser, Departement für öffentliches Recht, Universität Freiburg

10.20 Pause

10.50 Die Auswirkungen der Sozialhilfe auf die Arbeitsmarktintegration
und die Kriminalitätsrate von Geflüchteten

*Dominik Hangartner, Departement Geistes-, Sozial- und Staatswissen-
schaften, ETH Zürich*

11.20 Selektive Solidarität: Wer ist in der Migrationsgesellschaft mit wem
solidarisch?

Jean-Pierre Tabin, Haute école de travail social et de la santé Lausanne (HES-SO)

11.40 Intermezzo: Milchmaa

11.50 Lebensbedingungen und Gesundheitszustand von neu regularisierten
Migrantinnen und Migranten: Welche Erkenntnisse kann man aus der
Opération Papyrus ziehen?

Claudine Burton-Jeangros, Département de sociologie, Université de Genève

Einfachere Sprache, besseres Verständnis? Zur Wirkung von einfacher
Sprache in der öffentlichen Verwaltung

Flavia Hug, KOF Konjunkturforschungsstelle und Immigration Policy Lab, ETH Zürich

12.20 Intermezzo: Milchmaa

12.30 Mittagessen

13.45 Hürden des Sozialhilfebezuges und Chancen einer neuen Armuts-
beobachtung

Oliver Hümbelin, Departement Soziale Arbeit, Berner Fachhochschule

«Wenn ihr mich fragt...» – Das Wissen und die Erfahrung von
Betroffenen einbeziehen

Mirjam Zbinden, Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV)

14.15 Intermezzo: Milchmaa

14.25 Perspektivwechsel Armut – mit einem Fachkurs zur partizipativen
Projektentwicklung

*Emanuela Chiapparini, Kevin Bitsch und Gabriela Feldhaus, Berner Fach-
hochschule*

Armut überwinden – zusammen mit den Menschen, die sie erleben.

Eindrücke aus dem partizipativen Forschungsprojekt «Armut –
Identität – Gesellschaft» von ATD Vierte Welt

*Michael Zeier, Koordinator Projekt «Armut – Identität – Gesellschaft» und
Christian Vukasovic, Co-Forschender Projekt «Armut – Identität – Gesellschaft»*

14.55 Pause

15.25 Gesprächsrunde: Soziale Sicherheit – für alle?

Politische Antworten auf aktuelle Herausforderungen

*Marianne Binder-Keller, Nationalrätin AG
Thierry Apothéloz, Staatsrat des Kantons Genf
Markus Kaufmann, Geschäftsführer SKOS
Beat Ringger, Autor und ehem. Geschäftsleiter Denknetz*

16.20 Fazit

Walter Leimgruber, Präsident EKM

Moderation der Konferenz

Bettina Looser, Geschäftsführerin EKM

16.30 Ende der Konferenz



Information der Öffentlichkeit



Evaluationsbericht des Programms «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden»

Die Ergebnisse der Evaluation des Programms wurden in einer Publikation veröffentlicht, die einen breiten Überblick über die Inhalte des Programms und die geförderten Projekte ermöglicht.

Darin werden auch die Instrumente des Programms vorgestellt:

- Projekte – ein Pool für innovative Ideen
- Partnerschaften – gemeinsames Engagement zur Veränderung von Strukturen
- Werkstätten – Orte für Austausch und Vernetzung

Seit 2009 haben rund 170 Projekte die Chance genutzt, mit Unterstützung des Programms «Citoyenneté – mitreden, mitgestalten, mitentscheiden» neue Formen der politischen Partizipation zu erproben. Im Evaluationszeitraum (2015–2021) sind es 76 Vorhaben. Mit fünf Trägerschaften ging die EKM eine Partnerschaft ein. In diesem Zeitraum wurden Förderbeiträge von 5,9 Millionen Franken an öffentliche und private Organisationen ausbezahlt.



Video «Erleichterte Einbürgerung 3. Generation»

Um Personen, deren Grosseltern bereits in die Schweiz eingereist waren und deren Eltern in der Schweiz die Schule besucht haben, die erleichterte Einbürgerung wirklich zu erleichtern, hatte die EKM auf ihrer Website das Erklärvideo «Gömmer go iibürgere» aufgeschaltet. Dieses Video erfreute sich bei der Zielgruppe einer grossen Beliebtheit, es wurde Tausende Male abgerufen. Es ist seit dem 1. Februar 2023 neu auf der Website des SEM aufgeschaltet.



Neue EKM-Empfehlungen «Schutz für Personen auf der Flucht»

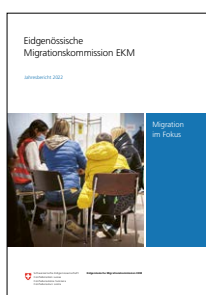
In Anbetracht des Krieges in der Ukraine und der zunehmenden individuellen Asylanträge hat die EKM ihre Empfehlungen zum «Schutz für Personen auf der Flucht» aktualisiert und erweitert.

Die EKM schlägt vor, einen komplementären Schutzstatus einzuführen, der Schutz für Personen bietet, die keine gezielte individuelle Verfolgung nachweisen können. Dies können Personen sein, welche bei einer Rückkehr in ihr Herkunftsland ernsthafte Nachteile durch Krieg, willkürliche Gewalt oder Folter erleiden würden.

Der neue Schutzstatus soll die vorläufige Aufnahme ersetzen und kann beendet werden, wenn keine Gefahr mehr besteht. Er beinhaltet eine klare Aussicht, den Aufenthalt zu stabilisieren. Personen mit komplementärem Schutzstatus sollen zudem grundsätzlich die gleichen Rechte haben wie anerkannte Flüchtlinge.

Weiter betont die EKM die Notwendigkeit sicherer Zugangswege zur Schweiz. Diese können beispielsweise durch die Teilnahme an den Resettlement-Programmen des UNHCR geschaffen werden. Die Schweiz verpflichtet sich dabei, eine bestimmte Anzahl besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge aufzunehmen. Die EKM fordert dringend, diese Programme zu verstetigen.

Die EKM unterstreicht die entscheidende Rolle einer schnellen Integration von Geflüchteten, die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft bei der Zusammenarbeit mit den Behörden und die Notwendigkeit einer kohärenten Migrationspolitik.



«Jahresbericht 2022»

Der Jahresbericht der Eidgenössischen Migrationskommission EKM ist ein wichtiges Instrument für die Information der Öffentlichkeit zu den Tätigkeiten und Positionen der EKM. Im Laufe der Erarbeitung des «Jahresberichtes 2022» wurde das Produkt analysiert und neu konzipiert.



Beratung von Bundesrat, Behörden, Politik und Fachwelt

Im Jahr 2023 wurde die politische Beratungsarbeit zuhanden von Parlament, Verwaltung und Behörden weiter verstärkt. Es wurden zahlreiche Empfehlungen, Positionspapiere und Stellungnahmen formuliert, Referate gehalten und Beratungsgespräche geführt.

Februar 2023

- **Treffen von Präsidium und Geschäftsführerin mit der Departementschefin EJPD Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider**

Zu Beginn des Jahres 2023 fand ein Kennenlern- und Austauschtreffen mit dem Präsidium und der Geschäftsführerin der EKM statt. In einem fruchtbaren Gespräch mit der neuen Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider und dem neuen Generalsekretär Stefan Hostettler konnte das Präsidium über die Arbeit und das Mandat der EKM informieren, und die Erwartungen und Ziele der Bundesrätin konnten entgegengenommen werden.

- **Stellungnahme «Mehr Rechtsgleichheit für Opfer von häuslicher Gewalt durch die Änderung der Härtefallregelung im AIG»**

Werden Angehörige aus Drittstaaten Opfer häuslicher Gewalt, droht ihnen bei der Auflösung ihrer Ehe oder Familiengemeinschaft der Verlust ihres Aufenthaltsrechts. Die Angst, die Aufenthaltsbewilligung

zu verlieren, verbunden mit der Abhängigkeit vom Partner, zwingt viele Opfer dazu, in der Gewaltbeziehung zu bleiben.

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates (SPK-N) sieht hier Handlungsbedarf. Mit einer parlamentarischen Initiative will sie die Härtefallregelung im Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG) präzisieren und erweitern und Betroffene so besser schützen. Damit unterstreicht die SPK-N die Haltung des Bundesrats, der in seiner Antwort auf den Bericht zur Umsetzung der Istanbul-Konvention feststellt, dass alle Personen, unabhängig von ihrem jeweiligen Aufenthaltstitel, ein Recht auf Aufenthalt in der Schweiz haben sollen, wenn ihre Ehe aufgrund von häuslicher Gewalt aufgelöst wird.

Die EKM begrüsst in ihrer Stellungnahme den nun vorgesehenen konkreten Schritt der SPK-N, der zu mehr Rechtsgleichheit und einem verbesserten Opferschutz führt.



März 2023

- **Austausch mit den persönlichen Mitarbeitenden von Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider**

An der Plenarsitzung im März nahmen die beiden persönlichen Mitarbeitenden Lise Bailat und Claudio Marti der Bundesrätin teil, um sich vorzustellen und um die Arbeit der Kommission besser kennenzulernen. Die Bundesrätin nahm ausserdem an der Jahreskonferenz der EKM eine wichtige Rolle ein.

- **Konsultation zum Umsetzungskonzept mit Blick auf die Aufhebung des Schutzstatus S**

Der Sonderstab Asyl (SONAS) hatte eine Projektstruktur eingesetzt, in der sowohl die Kantone als auch der Bund vertreten waren. Diese Projektstruktur sollte proaktiv die Aufhebung des Schutzstatus S vorbereiten. Dabei ging es einerseits um organisatorische Fragen (z. B. technische Herausforderungen wie die Verbuchungen in ZEMIS, praktische Fragen im Hinblick auf die Ausreiseorganisation und die Ausrichtung einer allfälligen Rückkehrhilfe), andererseits ging es um Fragen der Rückkehr, welche die Behörden bei der Aufhebung des Schutzstatus S beantworten müssen (z. B. Erlass von Wegweisungsentscheiden, Schaffung von Rechtsmitteln, Einreichung von neuen Asylgesuchen).

Am 29. März nahm die EKM im Staatssekretariat für Migration SEM an einer Informationsveranstaltung zum Projekt «Aufhebung Schutzstatus S und Rückkehr» statt. Ihre Rückmeldungen zum Umsetzungskonzept teilte sie den Verantwortlichen in der Folge noch in schriftlicher Form mit. Im Fokus stand dabei ihre Position im Bereich der Rückkehr und

der Bildung. Die EKM nutzte die Gelegenheit, um darüber hinaus auch ihre Anliegen im Hinblick auf die Integrationsförderung und die sichere Rückkehr zu platzieren.

April 2023

- **Stellungnahme «Änderung des Asylgesetzes (Sicherheit und Betrieb in den Zentren des Bundes): Lösungsansätze im sensiblen Bereich der Zwangs- und Disziplinarmaßnahmen in den Bundesasylzentren»**

In den vergangenen Jahren kam es wiederholt zu Vorwürfen gegenüber den Bundesasylzentren, dass es dort immer wieder zu Gewaltanwendungen gegenüber asylsuchenden Personen durch das Sicherheitspersonal komme. Alt Bundesrichter Niklaus Oberholzer, der die Fälle untersuchte, stuft diese jedoch als nicht systematisch ein. Trotzdem regte er gewisse Anpassungen im Sicherheitsbereich an. Ziel der nun zur Diskussion stehenden Änderungen des Asylgesetzes ist die Verbesserung der Sicherheit in diesen Zentren.

In ihrer Stellungnahme bedauert die EKM, dass das SEM nicht geprüft hat, künftig gewisse Sicherheitsaufgaben selbst wahrzunehmen und so auf die weitgehende Auslagerung dieser Aufgaben an Dritte zu verzichten. Positiv gewichtet die Kommission indes, dass sich das SEM verpflichtet, Qualitätsstandards für die Betreuungs- und Sicherheitsdienstleistungen festzulegen, die Anbieter zu beaufsichtigen, regelmässig Qualitätskontrollen durchzuführen und zudem auch

sicherzustellen, dass die Mitarbeitenden der beauftragten Dritten eine im Hinblick auf den Umgang mit asylsuchenden Personen geeignete Ausbildung erhalten.

Thomas Kunz stellte diese Stellungnahme in der Plenarsitzung im März 2023 zur Diskussion.

Juni 2023

- **Stellungnahme «Verbesserungen der vorläufigen Aufnahme auf Verordnungsstufe»**

Nachdem das Parlament die Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes verabschiedet hatte, welche vorsieht, die Arbeitsmarktintegration von vorläufig aufgenommenen Personen zu verbessern und Reisen ins Ausland zu beschränken, passte das Staatssekretariat für Migration SEM die Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE), die Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung sowie der Landesverweisung von ausländischen Personen (VWWAL) und die Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen (AsylV 2) an.

Im Juni 2023 nahm die EKM zu den zur Diskussion stehenden Anpassungen Stellung. In Anlehnung an die EKM-Empfehlungen «Schutz für Personen auf der Flucht» stellte sich die Kommission auf den Standpunkt, dass die Arbeitsmarktintegration von vorläufig aufgenommenen Personen erleichtert werden muss, dass die vorläufige Aufnahme aber eigentlich durch einen neuen Schutzstatus ersetzt werden müsste. Die Beschränkung der Reisefreiheit erachtete die EKM

jedoch als nicht zielführend. Sie monierte, dass diese Frage vom Parlament dringend neu beurteilt werden muss.

Oktober 2023

- **Stellungnahme «Jugendliche ohne geregelten Aufenthalt brauchen einen besseren Zugang zur beruflichen Grundbildung»**

Sans-Papiers-Jugendliche und Jugendliche in der Nothilfe sind auf dem Weg zu einer beruflichen Grundbildung mit schier unüberwindbaren Hürden konfrontiert. Im August 2023 nahm die Eidgenössische Migrationskommission EKM Stellung zum Entwurf zur Änderung von Art. 30a der Verordnung über Zuwanderung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE), die hier Verbesserungen erreichen will. Diese gehen aus Sicht der EKM in die richtige Richtung, sind ihrer Ansicht nach aber zu zaghaft, als dass sie genügend Wirkung erzielen könnten.

Die EKM will, dass der Zugang zu Bildung allen in der Schweiz lebenden Jugendlichen offensteht – auch jenen ohne geregelten Aufenthalt.

Um diesen Jugendlichen die gleichen Chancen wie ihren Altersgenossen zu bieten, sind aus Sicht der EKM insbesondere folgende Punkte zu gewährleisten:

- Alle Jugendlichen mit «rechtswidrigem Aufenthalt» brauchen für die Dauer ihrer Ausbildung Aufenthaltssicherheit.
- Sans-Papier-Jugendliche müssen die Möglichkeit haben, ihre Gesuche um Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung anonym einzureichen.



- Jugendliche in der Nothilfe brauchen beim Zugang zur beruflichen Grundbildung und während der Ausbildung Unterstützung.

Darüber hinaus schlägt die EKM hier einen Perspektivenwechsel vor: weg von der Ausländerpolitik, hin zu einer chancengerechten Bildungspolitik in der Migrationsgesellschaft Schweiz.

- **Anhörung der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle (PVK) zur Frage der Verteilung der Asylsuchenden auf die Kantone**

Die Parlamentarische Verwaltungskontrolle ist der Evaluationsdienst der Bundesversammlung. Sie führt im Auftrag der Geschäftsprüfungskommission (GPK) von National- und Ständerat sowie anderer parlamentarischer Kommissionen wissenschaftliche Untersuchungen durch.

Im Januar wurde die PVK von der GPK beauftragt, die Verteilung der Asylsuchenden auf die Kantone zu evaluieren. An einer Anhörung im Oktober erhielt die EKM Gelegenheit, zu den Fragen der PVK Stellung zu nehmen.

November 2023

- **Anhörung der EKM im Rahmen der zweiten Konsultation der Evaluationsgruppe Status S**
Am 26. Juni 2023 hat die Evaluationsgruppe Status S unter der Leitung von alt Regierungsrat Urs Hofmann ihren Bericht veröffentlicht. In diesem Bericht kommt sie zum Schluss, dass eine kollektive Lösung zur

Entlastung des Asylsystems unentbehrlich war. Der Bericht zeigte aber auch Anpassungsbedarf, insbesondere bei der Aufnahme der Schutzsuchenden und bei der Integration. Im Rahmen eines Folgemandats wurde die Evaluationsgruppe beauftragt, die weitere Umsetzung des Status S zu begleiten und zu evaluieren sowie Grundlagen zu erarbeiten im Hinblick auf allfällige Revisionen im Bereich des Status S und der vorläufigen Aufnahme (Status F). Die EKM wurde gleich zu Beginn dieser Arbeiten im November 2023 zur Konsultation eingeladen und konnte dort unter anderem auch ihre Empfehlungen zum «Schutz von Personen auf der Flucht» nutzbar machen.

Dezember 2023

- **Besuch der Staatssekretärin Christine Schraner Burgener in der Plenarsitzung der Kommission**
Die Staatssekretärin Christine Schraner Burgener besuchte die Kommission an der Plenarsitzung im Dezember. Sie referierte dort zu den migrationspolitischen Herausforderungen in der Schweiz und in Europa und diskutierte diese mit den Kommissionsmitgliedern. Diese nutzten die Gelegenheit, mit der Staatssekretärin auch weitere aktuelle Themen aus der Schweizer Integrations- und Migrationspolitik sowie damit verbundene allfällige Lösungsansätze zu besprechen.





Netzwerkpflege, Arbeitsgruppen und Beiräte

Die Kommissionsmitglieder, die Geschäftsführerin und die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle haben ihre Expertise auch ausserhalb der Plenarsitzungen eingebracht, beispielsweise in Arbeitsgruppen und in Beiräten.

Beirat: Hochschulvorbereitungskurs für Geflüchtete (Universität Zürich)

EKM-Vertretung: Elham Manea

2019 wurde die Integrationsagenda Schweiz (IAS) lanciert. Ihr Ziel ist es, dass Geflüchtete und vorläufig Aufgenommene rasch und ihrem Potenzial entsprechend im Arbeitsmarkt Fuss fassen können. Die Integrationsagenda betont die Bedeutung von Bildung für die berufliche Eingliederung. Da Integrationsangebote auf Tertiärstufe bislang rar sind, hat die Universität Zürich den Hochschulvorbereitungskurs «START! Studium» für Geflüchtete entwickelt. Das Angebot richtet sich an Geflüchtete, die aufgrund ihrer Vorbildung Potenzial für ein Hochschulstudium aufweisen. Der Kurs bereitet sie sprachlich, fachlich und organisatorisch auf eine Ausbildung auf Tertiärstufe vor und unterstützt sie beim Übertritt in die Hochschule. Um die Qualität, den Wissenstransfer und die Nachhaltigkeit zu sichern, wird das Projekt wissenschaftlich begleitet und von einem internen Steuerungsgremium und einem externen Beirat – in welchem auch die EKM vertreten ist – beraten.

Beirat: Nationales Forum Alter und Migration

EKM-Vertretung: Ana Caldeira

Das Nationale Forum Alter und Migration ist eine Plattform, welche die wichtigsten Akteure aus den Bereichen Gesundheit, Soziales, Alter, Integration und Migration vernetzt. Die EKM ist Partnerin des Nationalen Forums Alter und Migration und aktiv an dessen Plenarsitzungen beteiligt. Das Nationale Forum Alter und Migration engagiert sich mit Öffentlichkeits-, Informations-, Bildungs- und Grundlagenarbeit für die Verbesserung der gesundheitlichen und sozialen Situation älterer Migrantinnen und Migranten in der Schweiz. Ihre Interessen sollen unterstützt, ihre Rechte gestärkt und ihre Integration im Sinne gesellschaftlicher Partizipation gefördert werden. Zugleich hat sich das Forum zum Ziel gesetzt, die Öffentlichkeit und insbesondere die Fachkräfte im Altersbereich für die Biografien und Lebensumstände der älteren Migrationsbevölkerung zu sensibilisieren.



Beirat: Perspektiven-Studium

EKM-Vertretung: Etienne Piguet und Bettina Looser

Der Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) ist überzeugt, dass Chancengerechtigkeit beim Zugang zu Hochschulbildung auch für jenen Teil der Schweizer Bevölkerung gewährleistet sein muss, der die akademische Vorbildung im Ausland erworben hat. Um diesem Anliegen Nachdruck zu verleihen, wurde 2016 das Projekt «Perspektiven – Studium» lanciert. Dieses Projekt hat eine nationale Ausstrahlung: Es wurde eine Website mit umfassenden Informationen rund um die Hochschulzugänge aufgebaut. Die Website richtet sich an studieninteressierte Geflüchtete und an Begleit- und Fachpersonen. Mit dem Projekt leistet der VSS zudem Vernetzungsarbeit zwischen den verschiedenen Hochschulprojekten der Schweiz sowie zwischen Akteurinnen und Akteuren aus den Bereichen Bildung, Migration und Integration. Seit der Gründung ist die EKM im Beirat dieses Projekts vertreten.

Beirat: INVOST-Integrationsvorstudium an Fachhochschulen

EKM-Vertretung: Etienne Piguet und Bettina Looser

Mit dem Programm «INVOST» unterstützt der Verband Schweizer Studierendenschaften (VSS) regionale Fachhochschulen bei der strukturellen Verankerung von Brückenangeboten für qualifizierte Geflüchtete. Ziel ist es, diesen einen Bildungszugang zu ermöglichen, der ihrem Potenzial entspricht. An der Pilotphase nehmen die Hochschule für Technik der Fachhochschule Nordwestschweiz und die Haute école spécialisée de Suisse occidentale (HES-SO) teil. Später soll das Projekt auf andere Fachhochschulen ausgeweitet werden.

Mit «INVOST» leistet der VSS Vernetzungsarbeit, unterstützt Fachhochschulen bei der strategischen Arbeit und fördert das freiwillige Engagement von Studierenden. Hinzu kommen eine Anschubfinanzierung von Förder- und Vorbereitungsmaßnahmen sowie die Begleitung und Evaluation der Prozesse. Ein Beirat, in welchem die EKM vertreten ist, begleitet «INVOST» fachlich, fördert die interinstitutionelle Zusammenarbeit und trägt zur Multiplikation und Verstärkung der Angebote bei.

Weitere Beiräte

EKM-Vertretung: Bettina Looser

- Begleitgruppe zur Umsetzung des Postulats Marti Samira (20.4421):
Studie SEM zum Thema Kindeswohl im Asyl- und Ausländerrecht
- Beirat NexSM (Social Media for Migration and Society):
Länderübergreifende Studie (D/CH/OE) zu Digitalisierung und Migration
- Beirat des «Zukunftsrates» von Pro Futuris (SGG und Unesco Schweiz)
- Jury Fonds «Hochschulprojekte» von Perspektiven Studium VSS
- Begleitgruppe zur Umsetzung der Postulats Mazzone Lisa (22.3397):
Studie SEM Einbürgerungsstudie
- Jury ICI und Beirat Begleitstudie ICI/Migros-Kulturprozent
- Beirat Campus für Demokratie der Stiftung Dialog



Geschäftsstelle

Die EKM ist eine ausserparlamentarische Kommission mit dreissig Mitgliedern. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben verfügt sie über eine Geschäftsstelle.

Interne Organisations- und Prozessentwicklung im 2023

Im letzten Jahr wurde unter der Leitung von Bettina Looser in der Geschäftsstelle eine umfangreiche Organisationsentwicklung unter Beteiligung der Mitarbeitenden durchgeführt. So wurden etwa die Profile und Aufgaben der wissenschaftlichen Mitarbeitenden für Migrations- und Integrationspolitik vielfältiger. Gleichzeitig wurden sämtliche Geschäftsführungsprozesse überarbeitet. An diesen wird neu funktionenübergreifend in Projektteams zusammengearbeitet. Die Arbeiten in Kommunikation und Administration wurden neu organisiert, und die Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv wurde intensiviert. Die Arbeitsweisen in der Geschäftsstelle wurden insgesamt auf agile Arbeitsformen und auf dynamische interne Lern- und Entwicklungsprozesse ausgelegt.

Bei allen 2023 veröffentlichten Publikationen wurden die entsprechenden Produkte neu konzipiert, dies gilt für die «Empfehlungen», die «Evaluationen», die «Programm-Broschüren» der Integrationsförderung, den «Jahresbericht» und die «Social-Media-Produkte». Für den ab 2024 geplanten Relaunch der Web-Kommunikation wurden Vorbereitungen getroffen.

Die aufwendigen internen Entwicklungsprozesse in der Geschäftsstelle sind bereits weit fortgeschritten. Diverse Meilensteine, so die Reorganisation von Personal und Funktionen, die Reorganisation und Neulancierung der Integrationsförderung sowie die Reorganisation der Administration, konnten im Jahr 2023 erreicht werden.

Mitarbeitende der Geschäftsstelle 2023

Bettina Looser, Pascale Steiner, Byron Dowse, Lisa Marti, Pascal Fendrich, Christian Wyler, Aya Abbas, Elodie Morand, Sibel Opuz, Adrian Sansonnens, Dominique Zehntner



Mitglieder

Die Amtsdauer der Mitglieder der ausserparlamentarischen Kommissionen entspricht der Legislaturperiode des Nationalrates. Daraus ergibt sich, dass alle vier Jahre eine Gesamterneuerungswahl stattfindet.

Gesamterneuerungswahl für die neue Legislatur 2024

Die Bundeskanzlei koordiniert die Vorbereitungsarbeiten für die Gesamterneuerungswahl mit den Departementen. Die Bundesrätin fällt die Entscheidung für den Vorschlag des Präsidenten. Die Geschäftsstelle unterstützte diese Arbeiten.

An seiner Sitzung vom 22. Dezember 2023 wählte der Bundesrat die neue Kommission und ernannte den Tessiner alt Staatsrat Manuele Bertoli zum neuen EKM-Präsidenten.

Manuele Bertoli hat sich in seinen politischen Funktionen intensiv mit Migrationsfragen befasst, insbesondere mit der Bildung und der gesellschaftlichen Teilhabe der jüngeren Generation von Migrantinnen und Migranten. Er ist Nachfolger von Walter Leimgruber, der sein Amt nach zwölf Jahren abgibt. Manuele Bertoli hat die beiden Mitglieder Johan Rochel und Yvonne Riaño der neuen Kommission zur Wahl in das Vizepräsidium vorgeschlagen. Sie sollen dem bisherigen Vizepräsidenten Etienne Piguet, der nach zwölf Jahren zurücktritt, und der bisherigen Vizepräsidentin Elham Manea, die nach vier Jahren zurücktritt, nachfolgen.

Gewählte Kommissionsmitglieder 2024–2027

Almedom, Veronica
Bertoli, Manuele
Caldeira Tognola, Ana Isabel
Cheva, Sharon
Efionayi-Mäder, Denise
Galladé, Nicolas
Gashi, Hilmi
Götzö, Monika
Huot, Jean-Claude
Houssouba Gisler, Mohomodou
Iseni, Bashkim
Kläy, Dieter
Kovic, Marko
Kunz, Thomas
Kurt, Ihsan
Lanfranchi, Andrea
Martynyuk, Olha
Meier, Peter
Rezende de Sousa, Camila
Riaño, Yvonne
Rochel, Johan
Romano, Marco
Sabbadini, Susanna
Sajjadi Mäder, Khaleda
Schneider, Michael
Sivaganesan, Anusooya
Tringale, Luisa
von Rütte, Barbara
Wey, Simon
Zaugg, David

Austritte aus der Kommission

Celio-Panzeri, Anna
Khalil, Mano
Krasniqi Malaj, Albana
Leimgruber, Walter
Manea, Eltham
Mateos, Inès
Piguet, Etienne
Restivo, Gaetana
Sebeledi, Daniela
Seidler-Garot, Iris
Sigrist, Christoph
Simona, Antonio
Stolz, Sibylle
Tschuor, Mariano
Zeckra, Mandy



Zitate aus den Rücktrittsreden

Die zurücktretenden Kommissionsmitglieder und das zurücktretende Präsidium wurden an der Plenarsitzung Ende Jahr würdig verabschiedet. Dabei waren die scheidenden Mitglieder eingeladen, ihre persönliche Rückschau auf ihre Arbeit in der Kommission und auf die Entwicklungen in der Schweizer Migrations- und Integrationspolitik mit der Kommission zu teilen.

Migration ist Realität – wie wir sie gestalten, daran werden wir gemessen.

Mandy Zeckra

La cittadinanza, attraverso il diritto di voto e di partecipazione politica attiva, garantisce i diritti fondamentali e l'uguaglianza politica: elementi che sono alla base dell'integrazione e della libertà di ogni individuo. Nel dibattito politico svizzero si usa spesso la parola integrazione, ma poi le scelte vanno in tutt'altra direzione.

Gaia Restivo

Ich habe gelernt, dass die Integrations- und die Migrationspolitik nicht nur rein politische Angelegenheiten sind, sondern vor allem menschliche Herausforderungen, die Empathie, Verständnis und eine langfristige Vision erfordern. Die Schaffung einer inklusiven Gesellschaft braucht gemeinsame Anstrengungen in vielerlei Hinsicht.

Anna Celio Panzeri

Es geht in unserer Arbeit immer um die Würde jedes Menschen und allen Lebens, nicht um deren Wert, Bewertung oder gar Abwertung. Wahr ist, dass jedem Menschen gleiche Würde in unterschiedlicher Prägung von Kultur, Religion und Lebensgestaltung zukommt. Warum? Jeder Mensch ist geburtlich, jeder Mensch ist sterblich. Wir alle leben in Migration, kommen von woher und gehen wohin.

Christoph Sigrist

Integration ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Leistungen der einzelnen Zugewanderten sowie der Engagierten, ob mit oder ohne Migrationserfahrung, sind riesig. Wir – und damit meine ich Einzelpersonen, Zivilgesellschaft, Unternehmen, staatliche Stellen – wir fördern die Chancengerechtigkeit aller Menschen durch die Anerkennung und Stärkung der Ressourcen der Einzelnen und durch den Abbau von Zugangshürden.

Sybille Stolz

En tant que Suisse, je crois aux valeurs d'accueil et d'humanisme de la Suisse. En tant que professionnelle, je constate sa force de transformation continue, ses besoins constants de se construire avec de la main-d'œuvre et des intelligences mixtes.

Albana Krasniqi-Malaj

Der grundsätzliche Widerspruch besteht darin, dass wir in der Schweiz einerseits Arbeits- und Fachkräfte brauchen – und uns diese auch holen. Wir befeuern seit über 60 Jahren damit ein intaktes, wirtschaftlich erfolgreiches, landesweites Businessmodell. Andererseits denken wir ständig darüber nach, wie wir Migration begrenzen wollen oder wie wir zumindest ein Zweiklassensystem aufrechterhalten können, das Migrantinnen nicht die gleichen Rechte zugesteht.

Inés Mateos

Migration kann nur erfolgreich sein, wenn alle Akteurinnen und Akteure zusammen an einem Strang ziehen. Und das wiederum kann nur funktionieren, wenn man alle Seiten in die Diskussion einbezieht und ernst nimmt. Auch die, deren Meinungen für uns nicht nachvollziehbar sind und uns nicht genehm erscheinen.

Iris Seidler Graf





Impressum

Herausgeberin

Eidgenössische Migrationskommission EKM
Quellenweg 6, 3003 Bern-Wabern
ekm@ekm.admin.ch

Redaktion

Bettina Looser, Pascale Steiner, Lisa Marti,
Pascal Fendrich

Gestaltung

by Attitude AG, Visp

Copyright Bilder

Christina Baeriswyl: Titelbild, Seiten 11, 12, 13, 17
Schlussbild; Die Sujets auf den Seiten 11, 13 und 17
wurden ursprünglich für die FIZ Fachstelle Frauen-
handel und Frauenmigration entwickelt.

Cecilia Bozzoli: Seite 16

Yoshiko Kusano: Seiten 3, 5, 6, 7, 8/9, 14, 18, 19,
21, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 38, 39

Kooni: Seite 10

Keystone-SDA (Frederic Cirou): Seite 15

Daniel Sutter: Seite 25

Alex Uehlinger: Seiten 22, 23, 24, 26

